Rheder Volkszeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfsing. Werth: Th. Parr[illegible]. Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 178 | Donnerstag, den 28. Juni | Jahrgang 1928

Das „Kabinett der Persönlichkeiten" gescheitert.

Das Zentrum verzichtet auf den Vizekanzlerposten, fordert aber das Reichsinnenministerium. – Stresemann protestiert. Ablehnende Haltung des Reichspräsidenten und der Sozialdemokraten.

Das Zentrum bleibt hart.

Von unserer Berliner Redaktion.

◆ **Berlin**, 27. Juni. (Drahtb.)

Die Forderung des Zentrums vom Dienstag, im neuen Kabinett die Vizekanzlerschaft für Dr. Wirth zu erhalten, hat im Laufe des Mittwoch zu einer Unzahl von Besprechungen im Reichstag geführt. Bis zur Stunde hatten alle diese Besprechungen kein Ergebnis. Das Zentrum hat zwar im Laufe des heutigen Tages dem Abgeordneten Müller-Franken mitgeteilt, daß es an der Frage der Vizekanzlerschaft Wirths die Regierungsbildung nicht scheitern lassen wolle und daher bereit sei, sowohl auf den gestern angemeldeten Anspruch auf die Besetzung des Reichsernährungsministeriums (das Müller-Franken inzwischen dem Demokraten Dietrich angeboten hatte und das von diesem schon mit Zustimmung seiner Fraktion angenommen worden war) und des Vizekanzlerpostens zu verzichten, daß es aber darauf bestehen müsse, in dem neuen Kabinett nicht nur mit unbequemer Verantwortung in unpolitischen Ministerien belastet zu sein, sondern auch einen maßgebenden politischen Einfluß in einem politischen Ministerium haben müsse.

Diese selbstverständliche Forderung des Zentrums wird von der gesamten Nichtzentrumspresse benutzt, um dem Zentrum die Schuld an der Verzögerung der Regierungsbildung zuzuschreiben. Das amtliche Communiqué über die Besprechung, die Müller-Franken heute abend mit dem Reichspräsidenten hatte, macht sich in einem Punkte die Beweisführung der gegnerischen Presse beinahe zu eigen, in dem gesagt wird, der Reichspräsident habe es abgelehnt, „in Ausübung seiner verfassungsmäßigen Rechte sich von einer Fraktion für die Zusammensetzung des Reichskabinetts bindende Vorschläge machen zu lassen". Solche Absichten dem Zentrum unterstellen zu wollen, ist durchaus ungerecht, und das Zentrum wird sich auch hoffentlich nicht durch derartige Verdächtigungen von der klaren Linie, die es heute einmütig eingenommen hatte, abbringen lassen.

Worum handelt es sich? Wenn man die Presse der anderen Parteien liest, hat man den Eindruck, als ob lediglich der Ehrgeiz Dr. Wirths oder der Machtwille der Zentrumsfraktion den Anlaß gegeben hätten zu dem Verhalten, das die Zentrumsfraktion jetzt einzunehmen gezwungen ist. Beides ist nicht der Fall. Worauf es dem Zentrum bei seiner Forderung ankommt ist, daß es den ihm gebührenden politischen Einfluß in der künftigen Regierung erhält. Zur Zeit liegen die Dinge doch so, daß die Sozialdemokratie in Preußen alle wichtigen politischen Aemter besetzt hat, und in der geplanten neuen Reichsregierung soll gleichfalls die Sozialdemokratie die wichtigsten politischen Ministerien erhalten und daneben die Deutsche Volkspartei, deren Anspruch zahlenmäßig doch bestimmt nicht größer ist, als der des Zentrums sein kann, ebenfalls mit wichtigen politischen Ministerien bedacht werden. Soll das Zentrum es zugeben, daß alle politischen Aemter in der künftigen Regierung in den Händen der Sozialdemokratie und der Deutschen Volkspartei sind, während es sich damit begnügen soll, nur die Vorhofarbeit in den Ministerien unpolitischer Art zu leisten? Diese Gedanken sich vor Augen halten, heißt gleichzeitig die innere Unwahrheit der Verdächtigungen erkennen, die darin liegt, daß die erwähnten Blätter lediglich Dr. Wirth als Hemmnis hinzustellen sich bemühen. Bei der Frage, die hier zur Debatte steht, handelt es sich doch nicht um die Persönlichkeit Dr. Wirths, sondern um einen berechtigten Anspruch der zweitgrößten in der Regierung vertretenen Reichstagsfraktion, nicht nur die unbequeme Arbeit leisten, sondern auch in den Keimzellen der Politik, d. h. in irgend einer Form in einem politischen Ministerium vertreten zu sein. Darin vertrat das Zentrum doch zunächst die Aufstellung der Vizekanzlerschaft Dr. Wirths, da alle übrigen politischen Ministerien bereits mit Beschlag belegt waren. Nachdem nun gegen die Vizekanzlerschaft Wirths Widerstände auftraten, die unüberwindlich schienen, war das Zentrum bereit, an dieser Frage die Regierungsbildung nicht scheitern zu lassen. Es stellte daher das Reichsarbeitsministerium, für das es Dr. Brauns freigegeben hatte, zur Verfügung und verlangte die Vertretung in einem politischen Ministerium. Nach Lage der Dinge kommt hierfür, nachdem alle anderen wichtigen Posten schon besetzt sind, nur noch das Reichsinnenministerium in Frage, das aber die Sozialdemokratie für Severing beansprucht.

Mit Müller-Franken war gegen Abend ein Einverständnis eigentlich schon erzielt, was aus der Tatsache hervorgeht, daß dieser dem Reichspräsidenten in der heutigen Besprechung noch einmal empfahl, Dr. Wirth das Vizekanzleramt zu übertragen. Wenn der Reichspräsident, wie es in dem amtlichen Communiqué heißt, kein Bedürfnis für die Schaffung des Vizekanzleramtes anerkennen will, so mag er dafür seine Gründe haben. Es ist aber inzwischen etwas bekannt geworden, was geeignet ist, die ganze Frage in einem besonderen Lichte erblicken zu lassen. Herr Stresemann hat nämlich, wie mit Bestimmtheit versichert wird, aus seinem Erholungsurlaub in Bühlershöh im Schwarzwald heute nachmittag im Büro des Reichspräsidenten angerufen und seinen Widerspruch gegen das Vizekanzleramt angemeldet, ja sogar erklärt, daß er dem neuen Kabinett nicht beitrete, wenn eine Vizekanzlerschaft Wirth geschaffen würde. Dieser „Schuß aus Bühlershöh" klärt blitzartig die ganze Situation. Herr Stresemann fürchtet offenbar, in dem außenpolitisch stark engagierten Dr. Wirth einen Gegenspieler zu erhalten, und es scheint, daß auch der Sozialdemokratie die Widerstände gegen eine Vizekanzlerschaft Wirths nicht ganz unwillkommen sind. Man spricht u. a. auch davon, daß eine Vizekanzlerschaft Wirths nicht den Aspirationen des sozialdemokratischen Abgeordneten Breitscheidt auf das Auswärtige Amt, wenn Dr. Stresemann fortfällt, entspreche. Die Zentrumsfraktion ist gegenüber dem merkwürdigen Zusammenspiel zwischen Sozialdemokratie, Volkspartei und Büro des Reichspräsidenten in ihrer heutigen Abendsitzung einmütig standhaft geblieben und hat die Forderung, die der Fraktionsvorstand hinsichtlich der politischen Vertretung des Zentrums in dem neuen Kabinett aufgestellt hatte, zu einer Fraktionsforderung gemacht. Mögen auch bei den hin und her gehenden Verhandlungen der letzten Woche in der einen oder anderen Frage gelegentlich taktische Fehlgriffe unterlaufen sein, so stellt doch die heute abend in Erscheinung getretene einmütig geschlossene Front der Reichstagsfraktion des Zentrums ein Aktivum in dem Wirrwarr dar, das die Frage der Regierungsbildung im letzten Stadium erlebt hatte.

Wenn Müller-Franken am Donnerstag vormittag dem Reichspräsidenten das endgültige Scheitern seiner Bemühungen mitteilen wird, so hat niemand ein Recht, das Zentrum dafür verantwortlich zu machen. Müller-Franken selbst wird, wie er heute abend erklärte, keine Regierung ohne das Zentrum bilden. Dieses hat keinen Anlaß, von seiner Forderung einer politischen Vertretung im Reichskabinett abzugehen.

Scholz triumphiert über Stresemann.

Folgen des ersten „Schusses aus Bühlershöh".

Von unserer Berliner Redaktion.

● **Berlin**, 27. Juni.

Dr. Stresemann, der Chef der Deutschen Volkspartei, weilt bekanntlich zur Erholung in Bühlershöh und hat von dort aus seine Bereitwilligkeit erklärt, sich am „Kabinett der Persönlichkeiten" zu beteiligen. Dieser Schritt Stresemanns wirkte wie eine Bombe auf den Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, den Abgeordneten Dr. Scholz. Er fühlte sich gekränkt, weil Dr. Stresemann es unterlassen hatte, ihm von seiner Zusage Kenntnis zu geben. Der ganze Groll des Fraktionschefs entlud sich am Mittwoch in der Fraktionssitzung der Deutschen Volkspartei, die fünf Stunden dauerte. Dr. Scholz legte sogar den Fraktionsvorsitz nieder und erklärte, wie man hört, er werde eine Wiederwahl zum Vorsitzenden nur dann annehmen, wenn seine Stellung in der Weise gestärkt würde, daß eine Verhandlung über den Kopf der Fraktion hinweg, wie es durch Dr. Stresemann geschehen sei, nicht wieder vorkommen könne. Aus der langen Dauer der volksparteilichen Fraktionssitzung kann ohne weiteres geschlossen werden, daß die Debatte an Heftigkeit nichts zu wünschen übrig gelassen hat. Obwohl nun gesagt wird, daß das Telegramm Dr. Stresemanns an den Abgeordneten Hermann Müller über seine Beteiligung an einer überparteilichen Regierung „infolge eines Versehens" nur mit dem Minister Dr. Curtius und dem Staatssekretär Kempkes, nicht aber mit dem Fraktionsvorsitzenden Dr. Scholz besprochen worden sei, und daß es sich auch insofern um ein Versehen handle, als Dr. Stresemann angenommen hätte, die beiden Parteifreunde würden von sich aus mit Dr. Scholz sprechen, was leider übersehen worden wäre, wurde in der Fraktionssitzung doch allem Anschein nach Dr. Stresemann nicht gerade mit Sammethandschuhen angefaßt, denn von einem Dank an den Außenminister hörte man nichts, während die Fraktion ihrem Vorsitzenden Dr. Scholz in einer Entschließung den wärmsten Dank und das uneingeschränkte Vertrauen aussprach. Das bedeutet, wenn man zwischen den Zeilen zu lesen versteht, eine grundsätzliche Desapouierung Stresemanns, die noch stärker wirkt durch eine weitere einstimmig angenommene Entschließung, in der die Fraktion feststellt, daß die richtige Leitung der Partei und der Fraktion eine ständige enge Fühlung aller an der politischen Entscheidung Beteiligten untereinander und mit den Fraktionsvorsitzenden voraussetze, und daher die Erwartung ausspricht, daß dementsprechend von allen Fraktionsmitgliedern verfahren werde.

Im Kampf der feindlichen Brüder hat demnach diesmal der Abgeordnete Scholz den Sieg davongetragen. Er hat den Vorsitz wieder angenommen. Dr. Stresemann, der eine schlechte Zensur erhielt, weiß nun, was er das nächstemal zu tun hat: Zunächst vorschriftsmäßige Meldung bei Dr. Scholz, dann „selbständig ausführend handeln". Dr. Scholz aber, im Vollbesitz seiner Fraktionsautorität, freut sich seiner treuen Gefolgschaft und zeigt seit Mittwoch spätnachmittag wieder sein bekanntes sarkastisches Lächeln.

In der volksparteilichen Fraktionssitzung wurde im übrigen noch folgende Entschließung angenommen:

„Die Fraktion will, um das Zustandekommen der Regierung nicht ihrerseits zu verzögern, gegen eine Beteiligung ihrer beiden bisherigen Minister an einer nicht fraktionsmäßig gebundenen Regierung keine Einwendungen erheben. Sie stellt jedoch ausdrücklich fest, daß ihre Haltung zu etwaigen Vertrauens- und Mißtrauensvoten dadurch in keiner Weise gebunden ist und insbesondere von dem Inhalt der Regierungserklärung abhängig sein wird."

Eine neue Fraktionssitzung der Deutschen Volkspartei ist für Donnerstag 5 Uhr einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen die liberale Vereinigung und die politische Lage.

Müller-Frankens Besprechung mit dem Reichspräsidenten.

◆ **Berlin**, 27. Juni.

Ueber den Besuch des Abgeordneten Müller-Franken beim Reichspräsidenten, der etwa 20 Minuten dauerte, ist folgender amtlicher Bericht ausgegeben:

„Abgeordneter Müller-Franken berichtete heute nachmittag dem Herrn Reichspräsidenten über den weiteren Fortgang seiner Verhandlungen mit den für die Regierungsbildung in Betracht kommenden Persönlichkeiten und den Fraktionen des Reichstags, denen diese Herren angehören. Seine Bemühungen seien dadurch auf Schwierigkeiten gestoßen, daß die Zentrumsfraktion nach ihren heutigen Erklärungen darauf bestehe, entweder für den Abgeordneten Dr. Wirth neben dem Verkehrsministerium auch das Amt eines Vizekanzlers oder anstelle des Verkehrsministeriums ein politisches Ministerium, wie das des Reichsministeriums des Innern verlange. Er sehe bei dieser Sachlage keine Möglichkeit mehr für aussichtsreiche Verhandlungen. Der Reichspräsident erklärte, daß er an sich kein Bedürfnis für die Einrichtung des in der Verfassung und in der Geschäftsordnung der Reichsregierung nicht als regelmäßig vorgesehene Amt eines Vizekanzlers anerkenne, es im übrigen auch ablehnen müsse, in Ausübung seiner verfassungsmäßigen Rechte, sich von einer Fraktion für die Zusammensetzung des Reichskabinetts bindende Vorschriften machen zu lassen. Er ersuchte den Abgeordneten Hermann Müller-Franken, diese seine Entschließung der Zentrumsfraktion mitzuteilen.

Abgeordneter Müller wird dem Reichspräsidenten im Laufe des morgigen Vormittags Bericht über seine weiteren Besprechungen mit dem Vorstand der Zentrumspartei erstatten.

★

Die letzten Verhandlungen mit dem Zentrum.

× **Berlin**, 27. Juni.

Gegen 6,30 Uhr abends erschien Abgeordneter Müller-Franken von seinem Besuch im Hause des Reichspräsidenten wieder im Reichstag und berief sofort die Zentrumsordneten Esser und Dr. Stegerwald zu sich, um ihnen von den Bedenken des Reichspräsidenten Mitteilung zu machen. Stegerwald erwiderte, daß die Zentrumsfraktion sich am heutigen Tage nicht mehr auf die Schaffung eines Amtes eines Vizekanzlers versteift habe, sondern als zweite Lösung in Vorschlag gebracht habe, daß man dem Zentrum anstelle eines der kleineren Ministerien ein politisches Ministerium wie das Reichsinnenministerium überlassen möge. Müller-Franken antwortete, daß seine Fraktion auf Severing als Innenminister nicht verzichten würde, dagegen habe ihm der Abgeordnete Hilferding persönlich erklärt, daß er bereit wäre, auf die Uebernahme des Reichsfinanzministeriums zu verzichten, wenn dadurch die Regierungsbildung gefördert werden könnte. Stegerwald bemerkte, daß er das Finanzministerium in diesem Sinne als politisches Ministerium nicht anzusehen vermöge.

Die Zentrumsfraktion nahm zu den Mitteilungen Stellung und ließ den Abgeordneten Müller-

Rücktritt des Kabinetts Pilsudski.

Ein Kabinett Bartel gebildet.

(!) **Warschau**, 27. Juni. Heute nachmittag um 13,30 Uhr hat Ministerpräsident Marschall Pilsudski dem Präsidenten der Republik das Rücktrittsgesuch des gesamten Kabinetts überreicht. Der Präsident der Republik hat die Demission angenommen und den bisherigen stellvertretenden Ministerpräsidenten Prof. Dr. Casimir Bartel zum Ministerpräsidenten ernannt. Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten Bartel hat der Präsident der Republik als Minister des neuen Kabinetts die Minister des vorigen Kabinetts mit zwei Ausnahmen ernannt. An Stelle des bisherigen Unterrichtsministers Dobrucki wurden zum Unterrichtsminister der bisherige Direktor des politischen Departements des Innenministeriums Casimir Switalski und an Stelle des bisherigen Verkehrsministers Ramocki der Ingenieur Alfred Kühn zum Verkehrsminister ernannt. Marschall Pilsudski übernimmt im neuen Kabinett das Kriegsministerium.

Die Umbildung der polnischen Regierung und der Rücktritt Pilsudskis vom Ministerratspräsidium sind als eine Einleitung zum wahrscheinlichen endgültigen Ausscheiden Pilsudskis aus dem politischen Leben überhaupt anzusehen. Der Krankheitszustand des Marschalls hat sich so weit verschlechtert, daß er zunächst mindestens auf drei bis vier Monate eine Kur durchmachen und sich von jeder politischen Tätigkeit fernhalten muß. Die Lage ist weiterhin dadurch verschärft worden, daß auch der neue Ministerpräsident Bartel sofort einen mindestens sechswöchigen Erholungsurlaub antreten muß. Die Vertretung Bartels wird der Arbeitsminister Moraczewski übernehmen, während man annimmt, daß die Leitung des Kriegsministeriums dem General Sasnkowski übertragen wird.

Besonders die Ernennung Switalskis zum Unterrichtsminister hat bei den nationalen Minderheiten Erregung hervorgerufen, weil der Minister als minderheitsfeindlich gilt und in seiner bisherigen Stellung als Chef der politischen Abteilung im Innenministerium hervorragend an den sogenannten „Wahlmißbräuchen" bei der letzten Wahl beteiligt gewesen sein soll, wodurch große Massen von Minderheitenstimmen verloren gegangen sind. Die Umbildung des Kabinetts hat in parlamentarischen Kreisen Befremden erregt, weil sie ohne Fühlungnahme mit den Parteien erfolgt ist. In Kreisen der parlamentarischen Opposition erklärt man, daß die Ernennung Bartels wenig günstige Aussichten für die Zukunft biete und die Möglichkeit einer Verschärfung des Streites zwischen Sejm und Regierung entstehen lasse.

Franken wissen, daß sie an ihren Beschlüssen festhalte.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm davon Kenntnis. Der Abgeordnete Dittmann stellte als Vorsitzender fest, daß die Fraktion einmütig an der Besetzung des Reichsinnenministeriums durch den Abgeordneten Severing festhalte.

In später Abendstunde haben sich die Abgeordneten Dr. Stegerwald und Esser erneut zu Hermann Müller begeben. Diese Besprechung war kurz vor 9 Uhr abends beendet. Auch sie hat nicht dazu geführt, die zerrissenen Fäden wieder anzuknüpfen. Was jetzt werden wird, weiß man nicht. In parlamentarischen Kreisen wurde u. a. der Gedanke erörtert, daß Hermann Müller seine Bemühungen fortsetzen könnte, nunmehr in der Richtung eines Kabinetts ohne Zentrum und der Verteilung der bisher dem Zentrum zugedachten Ministerien auf die übrigen Parteien. Wegen eines solchen Planes bestehen aber in den Kreisen der Deutschen Volkspartei erhebliche Bedenken, und auch Hermann Müller hat seine Abneigung gegen ein Kabinett ohne das Zentrum zum Ausdruck gebracht. Es ist daher damit zu rechnen, daß er seinen Auftrag morgen in die Hände des Reichspräsidenten zurückgibt.

Der Aeltestenrat des Reichstags ist für Donnerstag vormittag 11 Uhr zu einer Sitzung einberufen worden, um über die Einberufung des Reichstags und seine Geschäftslage Beschluß zu fassen.

Eine neue liberale Partei.

(!) **Berlin**, 27. Juni. Von der „Deutschen Republikanischen Partei" wird folgendes mitgeteilt: „Unter dem Eindruck des Wahlergebnisses vom 20. Mai wurde in Berlin die Deutsche Republikanische Partei gegründet. Beteiligt an dieser Gründung sind führende Personen aus liberalen und demokratischen Kreisen. Die Parteirichtlinien fordern wahre Volksherrschaft und Nationalsinn, ernsthaften und entschlossenen sozialen Gestaltungswillen und freudige Staatsbejahung. Wirtschaftspolitisch fordert die Partei eine ausgeprägte Individualwirtschaft mit starker Verantwortung gegenüber der Gesamtheit." — Welche „führenden" Persönlichkeiten hinter dieser Gründung stehen, wird noch nicht verraten.

Zentrumsantrag für die landwirtschaftliche Siedlung.

Berlin, 27. Juni. Im Preußischen Landtage haben die Mitglieder der Zentrumsfraktion folgenden Urantrag gestellt: „Unter den gegebenen Verhältnissen ist es den nachgeborenen Söhnen der kleinen Landwirte nicht möglich, zu siedeln. Sie sind nicht in der Lage, die in den Bestimmungen geforderte hohe Anzahlung sowie die hohe Summe für das notwendige Inventar aufzubringen. Das väterliche Besitztum, das in vielen Gegenden Preußens die durchschnittliche Größe von 20 bis 30 Morgen nicht übersteigt, ist nicht in der Lage, die geforderte Sicherheit für die Aufnahme der eben gekennzeichneten Summen zu gewährleisten. Da die Siedlung gerade für die kinderreichen Familien der Klein- und kleineren Bauern fruchtbar gemacht werden soll, müssen die Bestimmungen so gestaltet werden, daß auch diesen Betriebsinhabern die Möglichkeit gegeben wird, aus der Siedlung Nutzen zu ziehen. Wir beantragen daher, das Staatsministerium zu ersuchen: 1. in eine Prüfung der Frage einzutreten, inwieweit auch den kleinen Bauernbetrieben die Aufbringung der für Siedlung notwendigen Mittel ermöglicht werden kann; 2. zu prüfen, auf welche Weise die zutage getretene große Spanne zwischen dem Preis des Landerwerbs durch die provinziellen Siedlungs-Gesellschaften und dem der späteren Veräußerung an die Siedler herabgemindert werden kann.

Die Abänderung des Wahlgesetzes in Mecklenburg-Schwerin.

Schwerin, 27. Juni. In der heutigen Sitzung des Mecklenburg-Schwerinschen Landtages wurde der Gesetzentwurf zur Abänderung des Landtagswahlgesetzes, der die vom Staatsgerichtshof über das Deutsche Reich als verfassungswidrig bezeichneten mecklenburgischen Wahlbestimmungen beseitigt, mit den Stimmen fast aller Abgeordneten in erster und zweiter Lesung angenommen. Es handelt sich bei diesem Gesetz um die Aufhebung der Wahlbeschränkungen für kleinere Parteien durch Hinterlegung von Kautionen und Leistung von 3000 Unterschriften vor Zulassung eines Wahlvorschlages. Die dritte Lesung des Gesetzentwurfs mußte vertagt werden, da von kommunistischer Seite gegen die sofortige Behandlung widersprochen wurde.

Andre Präsident der württembergischen Landesversicherungsanstalt.

☩ **Stuttgart**, 27. Juni. Zentrumsabgeordneter Josef Andre ist von der württembergischen Regierung zum Präsidenten der württembergischen Landesversicherungsanstalt ernannt worden. Andre war bisher Regierungsrat. Er war früher Arbeiter und später als Erzbergers Nachfolger Arbeitersekretär in Stuttgart.

Frankreich und die Aenderung des Dawesplanes.

)(**Paris**, 27. Juni. Im Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten erstattete Senator Henry Berenger einen ausführlichen Bericht über die Frage der Reparationen und der interalliierten Schulden auf Grund des letzten Berichts des Generalagenten für Reparationszahlungen.

Berenger hob hervor, daß sich aus dem Bericht Parker Gilberts ergebe, daß Deutschland alle seine finanziellen Verpflichtungen gegenüber seinen Gläubigern pünktlich und ordnungsmäßig erfüllt habe und daß der Dawesplan auf allen Gebieten, Transfer, Sachleistungen usw., erfolgreich gearbeitet habe. Berenger verweilte dann insbesondere bei den Ausführungen des Generalagenten, wonach das zu lösende Grundproblem, die endgültige Festsetzung der deutschen Reparationsverpflichtungen sei. Er erinnerte in diesem Zusammenhang an die von Poincaré in der Kammer am letzten Sonntag abgegebene Erklärung, daß die Reparationskommission Parker Gilbert in dieser Frage schon geantwortet habe. Berenger wies darauf hin, daß Frankreich seit 1925 von Deutschland mehr erhalte, als es selbst seinen Alliierten auf Grund der abgeschlossenen Abkommen zahle. Frankreich habe also kein persönliches Interesse an irgendeiner Aenderung des Dawesplanes oder des die deutsche Schuld festsetzenden Abkommens von 1921. Im übrigen gab Berenger der Auffassung Ausdruck, daß in der Frage einer Revision des Dawesplanes nichts vor dem Ergebnis der amerikanischen Präsidentschaftswahlen und der Einführung des neuen Präsidenten unternommen werden könne. Tatsächlich sei nirgend in Europa oder Amerika eine offizielle Aktion im Gange oder wahrscheinlich. Alles, was in dieser Hinsicht veröffentlicht worden sei, gehöre in das Gebiet der Phantasie. Das Beste sei, sich an eine strikt ordnungsmäßige und gegenseitige Durchführung der geltenden internationalen Abkommen zu halten, die Frankreich, außer der für die jährliche Rückzahlung seiner Kriegsschulden notwendigen Summe, einen beträchtlichen Ueberschuß für seine Reparationen und seinen Nachkriegswiederaufbau liefere.

Die Kuomintang rüstet gegen die Mandschurei.

● **Peking**, 27. Juni. Die Verhandlungen, die in Mukden zwischen Vertretern der Nankingregierung und dem Sohne Tschangtsolins, Tschanghueliang, geführt werden, nehmen einen ungünstigen Verlauf. Obwohl die Verhandlungen noch fortdauern, bereitet sich die Südarmee zu einem Vormarsch gegen die Mandschurei vor. Tschiangkaischek, der über Hankau nach Peking reist, wird sich von dort in das neue Hauptquartier der Südtruppen weiter begeben, um eine Neuorganisierung seiner Armee durchzuführen. Der wesentlichste Streitpunkt zwischen der Kuomintang und Tschanghueliang ist, daß letzterer sich der Einsetzung einer politischen Kuomintang-Kommission für die Mandschurei widersetzt. Die militärischen Vorbereitungen der Nanking-Regierung bedeuten zunächst nur eine Drohung, können jedoch zu neuen Kampfhandlungen führen, wodurch auch internationale Verwicklungen in den Bereich der Möglichkeit rücken.

Bundeskanzler Seipel über die Anschlußfrage.

Oesterreich und die Kleine Entente.

◆ **Wien**, 27. Juni.

Auf Ausführungen des sozialdemokratischen Abgeordneten Bauer erklärte Bundeskanzler Dr. Seipel im Nationalrat u. a.: Die Erklärungen der beiden Außenminister der Kleinen Entente gegen den Anschluß hätten keine größere Bedeutung, als die Richtung der Politik der Staatsmänner, die sie machten, klar erkennen zu lassen. Sie zeigten, daß es nicht an der Zeit sei, mit einer Erfüllung des Anschlußgedankens zu rechnen und diesen Gedanken öffentlicher Aussprache mehr als notwendig in den Vordergrund zu rücken, denn ein Nein wäre die Antwort. Irgendein Versuch, uns zu veranlassen, daß wir uns selbst zu dem Nein bekennen, ist nicht gemacht worden. Der Bundeskanzler verlas sodann das Interview des jugoslawischen Außenministers Dr. Marinkowitsch in Bukarest und hob hervor, es sei das erstemal, daß von einem Außenminister eines der Nachbarstaaten ausdrücklich eingestanden werde, man habe bisher in einem Maße protektionistische Methoden angewendet, daß sie die Existenz und Entwicklungsmöglichkeit Oesterreichs beeinträchtigt hätten. Man gebe bei der Kleinen Entente zu, daß Oesterreich abgeschnürt sei, daß es vielleicht mit großen Verbesserungen der Handelsverträge nicht durchkommen werde, daß man darüber hinaus noch irgendein System werde suchen müssen. Seipel erklärte weiter, er habe nichts dagegen, wenn bei Verhandlungen in Genf alle diese Ideen erwogen würden. Die Zugehörigkeit Oesterreichs zu einem von der Kleinen Entente ausgehenden wirtschaftlichen System werde einstweilen nur von der anderen Seite proklamiert. Dr. Seipel erklärte weiter, er habe immer eine Außenpolitik vertreten, die Oesterreich von politischen Bindungen besonderer Art freigehalten habe und deshalb in vergangenen Jahren eine nähere Beziehung zur Kleinen Entente abgelehnt. Die Aeußerung Marinkowitschs, daß Oesterreich nicht in diese politische Kleine Entente hineinkommen soll, aber zu einem Wirtschaftssystem gehöre, das von der Politik der Kleinen Entente ausgehe, entspreche nicht der Würde und dem Ansehen Oesterreichs. Die Aeußerungen seien nicht eine Antwort auf ein Ansuchen oder eine Anregung von österreichischer Seite. Das geplante Wirtschaftssystem werde ausdrücklich als etwas hingestellt, das die Zustimmung aller großen Staaten, auch Deutschlands, gefunden haben müsse, bevor es in das Stadium auch nur von Angebotsmöglichkeiten treten könne. Dr. Seipel betonte schließlich, daß heute noch nicht gesagt werden könne, daß eine größere oder kleinere Lösung des Problems möglich sein werde. Aber niemals werde die mitteleuropäische Frage zu lösen sein, wenn das große Deutsche Reich bei dieser Lösung nicht mit dabei sei.

Im Verlauf der Debatte im Nationalrat meinte der großdeutsche Abgeordnete Dr. Wotawa, er sei bezüglich der heutigen Erklärungen des Bundeskanzlers nur in einem Punkt abweichender Meinung. Er glaube nämlich, daß durch eine möglichst oft geführte internationale Diskussion der Anschluß wesentlich gefördert werden könne. Die Lösung der Anschlußfrage und die Gewährung einer kulturellen Autonomie auch für die Deutschen in Jugoslawien seien die seelischen Voraussetzungen für eine günstige Entwicklung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Jugoslawien. Man müsse sich fragen, ob die deutsch-freundlichen Aeußerungen von jugoslawischer Seite auf die politisch ungünstige Lage dieses Landes gegenüber Italien zurückzuführen seien. Der Redner begrüßte es, daß sich die Einstellung zu außenpolitischen Fragen auch im österreichischen Parlament als eine einheitliche erwiesen habe und Uebereinstimmung darüber herrsche, daß eine wesentliche Minderung der wirtschaftlichen Nöte erst eintreten werde, wenn Oesterreich nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die politische Eingliederung in das große deutsche Wirtschaftsgebiet vollziehen könne.

Der Absturz der „Italia".

Die ganze Ballongruppe wahrscheinlich verbrannt.

Rom, 27. Juni. Die Stefani-Agentur teilt mit: Die „Citta di Milano" funkt, daß seit drei Tagen nördlich der Spitzbergen-Gruppe ein starker Westwind weht, der jede Fliegertätigkeit ausschließt. — Die Viglieri-Gruppe befindet sich zurzeit ungefähr 20 Meilen östlich von der Foyn-Insel. Der Dampfer „Braganza" mit den Flugapparaten für Riiser-Larsen und Lützow-Holm an Bord ist von den Eisblöcken beim Nordkap noch immer eingeschlossen.

Von General Nobile hat man weitere Einzelheiten über den Absturz des Luftschiffes erhalten. Daraus ergibt sich, daß die rückwärtige Motorgondel mit dem Motoristen Pomella auf die Eismasse aufschlug.

Der Motorist Vincent Pomella fand bei dem Zusammenprall infolge einer Gehirnerschütterung den Tod.

Sein Körper wurde in der Nähe aufgefunden, wo die Kommandokabine in Trümmer ging. Er wurde später ehrenvoll begraben. Das führerlose Luftschiff wurde abgetrieben. Später bemerkte man, ungefähr 10 Kilometer entfernt, eine Rauchsäule von großen Dimensionen.

Ein Oel- oder Benzintank des Luftschiffes dürfte in Flammen aufgegangen sein.

General Nobile erteilt dann weiter Ratschläge für die Erkundungsflüge und meint, daß dieselben von der Viglieri-Gruppe aus in einem Radius von 50 Km. unternommen werden sollen. Des weiteren teilt das amtliche Communiqué auch mit, daß die Dreier-Gruppe Lebensmittel für etwa 40 Tage bei sich hatte; sie sei mit den nötigen Instrumenten versehen worden und mit Kleidungsstücken, die in der Gondel vorhanden waren. Sie hatte

kein Zelt und auch keine Feuerwaffen.

Nobile berichtet weiter, daß der schwedische Meteorologe Malmgreen, der der Gruppe angehörte, 10 Km. täglich zurücklegen zu können glaubte, daß aber die Nobile-Gruppe nachprüfen konnte, daß der Marsch zur Insel Foyn nur in Etappen von rund 5 Km. zurückgelegt werden könne. Das Communiqué teilt auch mit, daß, als die Dreier-Gruppe zum verhängnisvollen Marsch aufbrach, die radiotelegraphische Station bereits funktionierte und von der Organisation der Hilfsexpedition unterrichtet war, wenn auch italienische Gerüchte über Nobile noch nicht verwendet werden konnten und man auch nicht wußte, ob er zu diesem Zweck wieder hergestellt werden könne.

Wilde Gerüchte.

Rom, 27. Juni. Im italienischen Publikum werden, wie die „B. Z." erfährt, fieberhaft sehr pessimistische Gerüchte über das Schicksal der Nobile-Expedition von Mund zu Mund verbreitet. Es handelt sich, wie nachdrücklich festgestellt werden muß, um durchaus unkontrollierbare Gerüchte, deren Verbreitung allerdings durch die auffällige Wortkargheit der amtlichen Nachrichtenstellen gefördert wird. Auch in Italien ist es selbstverständlich aufgefallen, daß sich Nobile, der Führer des Schiffes, als erster retten ließ. Das italienische Volk erzählt sich nun, daß Nobile, beim Absturz erheblich verwundet, einen Nervenchok und eine Bewußtseins-Störung erlitten habe und zurzeit wirre Reden führe. (Deshalb wurde auch jedermann der Zutritt zur „Citta di Milano" verweigert.) Aus diesem Grunde wurde er zuerst gerettet, da er für die selbst in höchster Not befindliche Gruppe auf der Eisscholle eine große Last war. Die Mitglieder dieser Gruppe sollen sich alle in desolatem Zustand befinden. Die Dreier-Gruppe, die unter Malmgreens Führung abmarschierte, soll aus Verzweiflung losgegangen sein.

*

Amundsen gesichtet?

:: **Oslo**, 27. Juni. Nach Meldungen aus Kingsbay soll Amundsen angeblich südöstlich von Spitzbergen auf dem Eise beobachtet worden sein. Das bisher unbestätigte Gerücht will ferner wissen, daß die französischen Mechaniker an der Unfallstelle damit beschäftigt seien, die beschädigte „Latham"-Maschine zu reparieren. Leutnant Amundsen, ein Neffe des Polarforschers, hat sich an die Spitze einer Expedition gestellt, die das Fahrwasser östlich der Bäreninsel absuchen will. Die amerikanische Millionärstochter Fräulein Boyd hat die von ihr gemeldete „Hobby" kostenlos für eine Hilfsaktion zugunsten Amundsens zur Verfügung gestellt.

Die vierte schwedische Hilfsexpedition ist unter Führung des Hauptmanns Pallin nach Spitzbergen abgegangen. Sie führt ein Junkers-Flugzeug und ein Sportflugzeug sowie Hundegespanne mit sich. Wie „Stockholm Dagbladet" mitteilt, ist Nobiles Krankheitszustand sehr bedenklich; er hat sehr hohes Fieber. Ueber den Hinlopen liegt dichter Nebel. Das schwedische Flugzeug „Uppland" ist trotzdem wieder aufgestiegen, um Amundsen zu suchen. Der Flugzeugführer Nilson ist der Ansicht, daß Amundsens Flugzeug bei der Bäreninsel untergegangen ist.

*

Heimkehr der Monteure und Mechaniker.

)(**Triest**, 27. Juni. Wie aus Stockholm gemeldet wird, sind 15 Italiener, die an der Expedition Nobiles teilnahmen, zum großen Teil Monteure und Mechaniker, unter ihnen auch der Bruder Nobiles, Professor Amadeo Nobile, auf der Rückkehr nach Italien.

Kleine Nachrichten.

Empfang des englischen Botschafters beim Reichspräsidenten.

Berlin, 27. Juni. Der Reichspräsident empfing heute vormittag den englischen Botschafter Sir Ronald Lindsay. Im Anschluß daran gibt der Reichspräsident dem Botschafter ein Frühstück, an dem auch Reichskanzler Dr. Marx teilnimmt.

Eine lange Sitzung des englischen Unterhauses.

◆ **London**, 27. Juni. Das Unterhaus hat die ganze letzte Nacht über den Knopfzoll verhandelt. Die Sitzung, die 16 Stunden dauerte, ist die längste, die seit zwei Jahren abgehalten wurde.

Die Neubildung des ägyptischen Kabinetts.

▲ **Kairo**, 27. Juni. Das neue Kabinett ist von Mohamed Mahmud Pascha gebildet worden, der sich die Mitarbeit von Khachaba Pascha, Adly Pascha, Maher und Gaafer Pascha Wali gesichert hat.

Anarchistenverhaftungen in Buenos Aires.

× **Buenos Aires**, 26. Juni. Die Polizei hat sich zu einem allgemeinen Vorgehen gegen die Anarchisten und Radikalen entschlossen, da es erwiesen ist, daß zwischen der Auffindung einer Bombe in der letzten Nacht im Gewerkschaftsbureau des Bäckerverbandes und der Bombenexplosion, die sich im vergangenen Monat im italienischen Konsulat ereignete, ein Zusammenhang besteht. Seit gestern nacht sind zehn Personen verhaftet worden; die meisten davon Spanier, die der Polizei als Anarchisten bekannt sind. In amtlichen Kreisen ist man der Ansicht, daß noch weitere Bombenanschläge für die nächste Zeit geplant sind.

Die Reichsbahn zum Ummendorfer Eisenbahnunglück.

+ **Stuttgart**, 27. Juni. Von der Reichsbahndirektion Stuttgart wird mitgeteilt: Die Reichsbahndirektion Stuttgart hat zu der Entgleisung des Schnellzuges D 135 in Ummendorf am 27. Juni weitere Feststellungen gemacht und teilt über das Ergebnis u. a. folgendes mit: Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Ursache der Entgleisung darauf zurückzuführen ist, daß der Zug mit zu großer Geschwindigkeit in die Weiche, für die eine Höchstgeschwindigkeit von 45 Km. pro Stunde vorgeschrieben ist, hineingefahren ist. Hierauf weist, abgesehen von den nicht durchweg übereinstimmenden Aussagen von Zeugen, die Tatsache hin, daß nach dem Scheitern des Geschwindigkeitsmessers der Zug nicht rechtzeitig und ordnungsmäßig aus der Geschwindigkeit von 80 Km. abgebremst, sondern zu schnell zum Halten gebracht wurde. Irgendwelche Lockerungen des Schienenbefestigungsmaterials sind weiter nicht wahrgenommen worden. Der Umstand, daß einzelne der zum größten Teil zerstörten Schwellen sehr morsche Stellen zeigten, rechtfertigt in keiner Weise die Angaben, daß sie betriebsunfähig waren.

Schweres Hagelunwetter in Schlesien.

÷ **Reichenbach** (Schlesien), 27. Juni. Ein schweres Hagelunwetter suchte gestern nachmittag gegen 5 Uhr die Ortschaften Obermittelprilau und Mittelprilau heim. Das Unwetter kam von Niederhelbendorf über die beiden Ortschaften gezogen und ging dann weiter über den Fischerberg. In einer Breite von etwa 3 Kilometern wurde alles von den Schlossen zerschlagen, die die Größe von Hühnereiern hatten. Hunderte von Fensterscheiben wurden zertrümmert; bei einem Gastwirt allein wurden 57, bei einem Gutsbesitzer 32 Fensterscheiben zerschlagen. Die Schlossen durchschlugen an der Wetterseite sogar die Doppelpfannen. Die Ernte auf den Feldern ist zu 90 Prozent vernichtet. Besonders stark getroffen wurden einige kleine Stellenbesitzer, die nicht einmal gegen Hagelschlag versichert sind. Die Straßen waren mit Laub und Aesten bedeckt. Die Obstbäume sind so schwer mitgenommen, daß eine völlige Mißernte erwartet werden muß. Die Fernsprechleitung war stellenweise noch heute vormittag zerstört. Auch Personen wurden von den Schlossen verletzt. Ein alter Arbeiter des Dominiums, der sich nicht rasch genug in Sicherheit bringen konnte, hat so schwere Kopfverletzungen davongetragen, daß er in das Krankenhaus geschafft werden mußte. Das Unwetter dauerte ungefähr 15 Minuten.

*

Unwetter in Frankreich.

Paris, 27. Juni. In Ost-Frankreich sind gestern nachmittag schwere Unwetter mit Hagelschauern niedergegangen. Die Erntebestände sollen nach dem „Petit Parisien" teilweise stark in Mitleidenschaft gezogen worden sein. Das wird namentlich aus Saarburg, der Gegend von Metz und Chalons-sur-Marne gemeldet.

Von Nah und Fern.

Schwerer Raubüberfall.

○ **Essen**, 27. Juni. Heute morgen gegen 3 Uhr ließen sich zwei Herren vom Hauptbahnhof Essen im Auto zum Rhein-Herne-Kanal fahren. Auf einem Feldweg, in der Nähe des Kanals, zwangen sie den Chauffeur zu halten, stiegen aus dem Wagen und hielten dem Wagenführer mit dem Ruf „Hände hoch!" eine Pistole an den Kopf. Sie raubten das Bargeld des Chauffeurs und einen Trauring, den der Chauffeur als Pfand bekommen hatte, zerstörten den Gashebel und nahmen den Magnetschlüssel mit. Der Chauffeur fuhr zur nächsten Polizei, der es gelang, einen der beiden Räuber, den Händler Josef Homölle aus Altenessen, festzunehmen. Der zweite Täter konnte noch nicht ermittelt werden.

Minister Dr. Curtius bestohlen.

× **Berlin**, 27. Juni. Der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius ist gestern in den Nachmittagsstunden das Opfer eines frechen Diebstahls geworden. Als er gegen 6 Uhr abends mit seinem Dienstauto zum Reichstag gefahren war und in den Reichstag hineinging, entfernte sich auch sein Chauffeur, um einen Imbiß einzunehmen. Diesen Augenblick benutzte ein Dieb, um aus dem Wagen den Mantel des Ministers sowie seine Aktentasche zu entwenden. In der Tasche befanden sich persönliche Aufzeichnungen des Ministers und zwei Scheckbücher. Politische Papiere oder Akten waren nicht dabei. Außerdem ist der Reisepaß des Ministers gestohlen worden. Die Polizei hat die Ermittlungen sofort aufgenommen.

Ein norwegisches Dorf in Flammen.

Oslo, 27. Juni. Wie aus Tromsö gemeldet wird, steht die große norwegische Fischerei-Niederlassung Berlevaag in Flammen. Man befürchtet, daß der Brand das ganze Dorf vernichten wird. Von Tromsö und Vardö sind alle verfügbaren Kräfte zur Hilfe ausgerückt. Die letzten Meldungen besagen, daß das ganze Dorf bereits vollkommen niedergebrannt ist.

Ein Gedenkstein für die Besatzung des Zeppelin L 32 in England.

London, 27. Juni. Auf dem Friedhof von Great Burstead bei Billericay wurde gestern ein aus Deutschland eingetroffener Gedenkstein, der 22 Namensinschriften trägt, auf dem Grabe der Besatzung des Zeppelin L 32 aufgestellt. L 32 war im November 1918 in Brand geschossen worden und die gesamte Besatzung war dabei ums Leben gekommen. Unter den Inschriften befindet sich der Name seines Kommandanten Werner Petersen.

Letzte Meldungen.

Die Zentrums-Vereinigung des Emslandes gegen den Eintritt des Zentrums in die Reichsregierung.

☩ **Meppen** (Hannover), 27. Juni. Die am Mittwoch in Meppen tagende Versammlung der Zentrumsvereinigung des Emslandes hat einstimmig die Absendung eines Telegramms an die Reichstagsfraktion des Zentrums beschlossen, in der im Interesse der Partei der Erwartung Ausdruck gegeben wird, daß sie niemand in die Reichsregierung entsendet, auf keinen Fall aber Reichsarbeitsministerium und Ernährungsministerium übernimmt. Ein zweites Telegramm an Reichsminister Dr. Brauns lautet: Die Zentrumsvereinigung Emsland ersucht einstimmig ihren Abgeordneten, auf keinen Fall ein Reichsministerium zu übernehmen.

Der amerikanische Arbeiterführer Murphy ermordet.

•:• **London**, 27. Juni. Der amerikanische Arbeiterführer Murphy ist nach Meldungen aus Chicago von unbekannten Tätern erschossen worden. Die Verbrecher konnten im Automobil flüchten.